

Novemberrevolution und Staatsfrage

Zum 65. Jahrestag der Gründung der KPD

Prof. Dr. sc. KARL-HEINZ SCHÖNEBURG,

Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR

„Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.“

Rosa Luxemburg (31. Dezember 1918)

Die Novemberrevolution des Jahres 1918, die sich nunmehr zum 65. Male jährt, war immer wieder Gegenstand marxistisch-leninistischer Analysen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung; Anlaß zum Nachdenken über revolutionäre Aufgaben und Ziele, Triebkräfte und Formen ihrer Bewältigung; Aneignung von Erbe und Tradition. Die dabei gewonnenen Einsichten markieren einen notwendigen Lernprozeß der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse. Er beginnt auf dem Gründungsparteitag der KPD (30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919) und führt bis in unsere Gegenwart, so etwa zu dem vom Politbüro des Zentralkomitees der SED bestätigten Abriß der „Geschichte der SED“ (Berlin 1978) sowie den Vorarbeiten zu einer mehrbändigen Geschichte der SED.

Die Novemberrevolution wird nicht aufhören, Gegenstand auch der staatstheoretischen Betrachtung zu sein, denn sie vermittelt Erkenntnisse über Wesen und Form sozialistischer Staatsmacht, über bürgerlichen Parlamentarismus und sozialistische Demokratie, über demokratischen Zentralismus und führende Rolle der marxistischen Partei als Kriterien sozialistischer Staatlichkeit, die heute und in Zukunft lebendiges Wissen darstellen.

Im folgenden werden Fragen der staatlichen Macht der Arbeiterklasse abgehandelt, wie sie vor der KPD auf deren Gründungsparteitag standen. Sie reflektieren Ergebnisse und Perspektiven der Machtfrage in der Novemberrevolution.

Die Gründung der KPD — Ergebnis der Novemberrevolution

Die Gründung der KPD war bekanntlich eines der wichtigsten Ergebnisse der Novemberrevolution. Sie erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die Haupttriebkraft der Revolution, die Arbeiterklasse, zwar die Beendigung des Krieges und den Sturz der Hohenzollernmonarchie in großen Massenaktionen erzwungen und sich in den Arbeiter- und Soldatenräten, die vielerorts zunächst auch reale staatliche Macht ausübten, Kampforgane geschaffen hatte, die zu staatlichen Machtorganen einer sozialistischen deutschen Republik hätten werden können. Ein derartiges Ziel des revolutionären Kampfes war von der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 auf ihrer Reichskonferenz mit Vertretern der linksradikalen Gruppen proklamiert worden.¹

Aber es war auch bereits die Wende zur bürgerlich-demokratischen Revolution eingeleitet: Der von Friedrich Ebert geführte gegenrevolutionäre „Rat der Volksbeauftragten“ verhinderte, daß der überkommene Staatsapparat zerschlagen und alle Macht bei den Arbeiter- und Soldatenräten konzentriert wurde; in den Geheimverhandlungen Eberts mit General Groener von der Obersten Heeresleitung waren Maßnahmen zur militärischen Niederschlagung der Revolution getroffen worden; in dem von rechten Gewerkschaftsführern mit exponierten Monopolkapitalisten abgeschlossenen „Arbeitsgemeinschaftsabkommen“ war einer Enteignung des Monopolkapitals vorgebeugt; auf der ersten Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte war dank dem Einfluß rechter Sozialdemokraten am 19. Dezember 1918 beschlossen worden, keine sozialistische Räteversammlung zu errichten, sondern ein bürgerliches Parlament, eine Nationalversammlung, zu wählen und damit die Volksrevolution in einer bürgerlich-parlamentarischen Republik enden zu lassen.²

Es erwies sich, daß der Spartakusbund, der mit dem Aufbau seiner Organisationen in den wichtigsten Städten im November/Dezember 1918 erst begonnen hatte, nichtimstande war, den

Einfluß der rechten Sozialdemokraten in der SPD und USPD unter den Arbeitermassen zu paralysieren. Wenn die Revolution zu einem sozialistischen Ziel fortgeführt werden sollte, so war es unabdingbar, daß sich der Spartakusbund von der USPD löste und als selbständige revolutionäre Partei formierte. Dies geschah auf dem Gründungsparteitag der KPD. In dem dort angenommenen Parteiprogramm verstand sich die KPD als „der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.“³

Wesen und Formen der Diktatur des Proletariats

Wenn Rosa Luxemburg in ihrem Referat zur Begründung des Parteiprogramms hervorhob, daß nunmehr wieder unmittelbar an den von Marx und Engels formulierten Erkenntnissen und Forderungen des Kommunistischen Manifests aus dem Jahre 1848 angeknüpft werde, so galt dies nicht zuletzt auch für die Fragen der staatlichen Macht. Ihre berühmten Worte „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“⁴ umschlossen insbesondere das Bekenntnis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Die Art und Weise, wie bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD Wesen und Funktionen, Inhalt und Form der im Fortgang der Revolution zu erkämpfenden sozialistischen Staatsmacht umrissen wurden, zeugt von der Reife der Partei, von ihrem Vermögen, auf der Grundlage einer proletarischen Weltanschauung historische Erfahrungen der Arbeiterklasse des eigenen Landes wie der anderen Länder zu verarbeiten. Vor allem auf die Staatsfrage bezog sich die Feststellung Rosa Luxemburgs: „Wo habt Ihr das Abc Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte.“⁵

Worin sind die wichtigsten Aussagen des Gründungsparteitages in bezug auf die sozialistische Staatsmacht zu sehen?

1. Um das Wesen der sozialistischen Gesellschaft zu realisieren, in der „die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter, freier Selbstbestimmung lenkt“, ist ein „vollständiger Umbau des Staates“ erforderlich, das heißt, es ist die imperialistische Staatsmacht inhaltlich und strukturell zu zerbrechen: „Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft ... durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen.“ Statt bürgerlicher Parlamente und bürgerlicher Verwaltungen: Arbeiter- und Soldatenräte; statt der Polizei: Arbeitermilizen; statt eines stehenden Heeres: Rote Garde und revolutionäre proletarische Armeen; Aufhebung des bürgerlichen Gerichtssystems, wie Eugen Levinö beantragte, und Ersetzung durch „Volksgerichte, denen ... gegebenenfalls Rechtsgelehrte als beratende Kräfte“ beigegeben werden, mit Volksanklägern und Volksverteidigern; Einsetzung eines Revolutionstribunals, um die „Hauptschuldigen am Kriege“ und „alle Verschwörer der Gegenrevolution abzurteilen“⁶.

2. Für die junge KPD war der sozialistische Staat Räte-macht. Dies entsprach den revolutionären Erfahrungen der russischen Arbeiter und Bauern und denen der deutschen Ar-